



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreisausschuss

Es informiert Sie:	Nico Hüsgen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	nico.huesgen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 09.04.2025

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 03.04.2025, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Dirk Brixius

Marlon Buchholz

Alexandra Gräber

Brigitte Hagling

Dr. Bernhard Ibold

Ingmar Janssen

Rudolf Joseph

Andreas Kanschat

Martina Köster-Flashar

Waldemar Madeia

Dieter Roeloffs

Rainer Schlottmann

Udo Switalski

Elke Thiele

Ewald Vielhaus

(ab 16:37 Uhr)

Verwaltung

Susanne Frindt-Poldauf

Philipp Gilbert

Nils Hanheide

Daniela Hitzemann

Nico Hüsgen

Dr. Stephan Kopp

Lisa Mandlik
Jutta Pilz
Claudia Rügemer
Martin Schlüter
Maxine Stief

(bis TOP 24)

Gäste

Thomas Küppers

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 05.12.2024 und 19.12.2024
3. Informationen der Verwaltung
4. Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages aus dem Jahr 2024 01/001/2025
5. Prüfauftrag: Konzept zur Auslobung einer KI-Innovationsprämie Kreis Mettmann 10/002/2025
6. Prüfauftrag: Konzept zur Erstellung eines neuen Imagefilms für den Kreis Mettmann 10/003/2025
7. Berufskolleg Hilden, Neubau eines Multifunktionsraumes und Umbau des Physiksaals in eine Cafeteria
Hier: Vorstellung der LP3 und der Kostenberechnung 23/007/2025
8. Ausstieg aus der einheitlichen Behördennummer D 115 11/001/2025
9. Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Berechnung und Zahlbarmachung der Besoldung und Entgelte durch die Stadt Mettmann 11/002/2025
10. Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2023 32/002/2025
11. Anpassung der Aufwandsentschädigung für den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter 38/001/2025

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 12. | Betriebsabrechnung 2023 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann | 38/002/2025 |
| 13. | Neufassung der Benutzungsordnung für die Räumlichkeiten und Einrichtungen des Feuerwehrübungs zentrums Mettmann | 38/004/2025 |
| 14. | Zusatzvereinbarung Verhütungsmittelfonds | 53/006/2025 |
| 15. | Weiterführung der ambulanten Krebsberatungsstelle für den Kreis Mettmann | 53/007/2025 |
| 16. | Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann:
- Angebotsänderungen in Monheim am Rhein sowie
- On-Demand-Verkehre in Erkrath und Ratingen | 61/002/2025 |
| 17. | Klimaresilienz in der Kreisverwaltung
Hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates | 01/014/2024/1 |
| 18. | Änderung der Satzung des Jugendrates des Kreises Mettmann (Kreisjugendrat)
Hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates | 01/003/2025 |
| 19. | Digitale Ausschusssitzungen ermöglichen – Demokratische Teilhabe erleichtern
Hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 14.03.2025 | 01/005/2025 |
| 20. | Verbot des Konsums von Marihuana an öffentlichen Bushaltestellen
Hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 14.03.2025 | 32/004/2025 |
| 21. | Nachhaltige und faire Beschaffung
Hier: Anfrage der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 14.03.2025 | 71/002/2025 |
| 22. | Nachträge | |
| | Taxigutscheine für Frauen | 50/005/2025 |
| 22.1. | hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 19.03.2025 | |
| | Nächtliches Betriebsverbot für Mähroboter im gesamten Kreisgebiet | 61/016/2025 |
| 22.2. | Hier: Antrag der Fraktion UWG-ME vom 25.03.2025 | |
| | Einführung hybrider Fachausschusssitzungen | 01/006/2025 |
| 22.3. | Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 26.03.2025 | |
| | Krankenhaussituation im Kreis Mettmann | |
| 22.4. | | |

Nicht öffentlicher Teil

23. Informationen der Verwaltung

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 24. | Einstellung einer Amtsleitung | 11/003/2025 |
| 25. | Beförderung von Amts- und Stabsstellenleitungen | 11/005/2025 |
| 26. | Vergabe der Reinigungsdienstleistungen an den Liegenschaften des Kreises Mettmann ab Juli 2025
hier: Bestätigung der im Rahmen des Vergabeverfahrens getroffenen Vergabeentscheidung | 23/001/2025 |
| 27. | Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Sanierung der K 11
Hier: Entscheidung über die Sanierungsvariante | 23/006/2025 |
| 28. | Krankenhaussituation im Kreis Mettmann - Umstrukturierung des Krankenhauses in Langenfeld
Hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2025 | 53/008/2025 |
| 29. | Nachträge | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Zur Anwesenheit erklärt er, dass KA Hruschka durch KA Switalski, KA Geyer durch KA Brixius, KA Ehlert durch KA Thiele und der ausgeschiedene KA Thomas durch KA Vielhaus sowie der ausgeschiedene KA Prof. Dr. Bommermann durch KA Buchholz vertreten werden. Sodann stellt er die Anwesenheit und anschließend die Beschlussfähigkeit fest. Explizit begrüßt Landrat Hendele den neuen Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion, Herrn KA Buchholz, und beglückwünscht ihn zu seiner Wahl.

Zur Tagesordnung erklärt Landrat Hendele, dass diese nach der Einladung fristgemäß um die Tagesordnungspunkte

- | | | |
|------|--|-------------|
| 22.1 | <i>Taxigutscheine für Frauen</i> | 50/005/2025 |
| | <i>hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 19.03.2025</i> | |
| 22.2 | <i>Nächtliches Betriebsverbot für Mähroboter im gesamten Kreisgebiet</i> | 61/016/2025 |
| | <i>Hier: Antrag der Fraktion UWG-ME vom 25.03.2025</i> | |
| 22.3 | <i>Einführung hybrider Fachausschusssitzungen</i> | 01/006/2025 |
| | <i>Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 26.03.2025</i> | |

erweitert worden sei.

Zudem weist er darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 17. | <i>Klimaresilienz in der Kreisverwaltung</i> | 01/014/2024/1 |
| | <i>Hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates</i> | |

und

20. *Verbot des Konsums von Marihuana an öffentlichen Bushaltestellen* 32/004/2025
Hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 14.03.2025

von der Tagesordnung abgesetzt werden können, da diese in den zuständigen Fachausschüssen zurückgezogen worden seien.

Auch Tagesordnungspunkt

27. *Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Sanierung der K 11* 23/006/2025
Hier: Entscheidung über die Sanierungsvariante

könne von der Tagesordnung abgesetzt werden, da die Vorlage im Fachausschuss aufgrund von Beratungsbedarf der Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN ohne Beschlussempfehlung an den Bauausschuss im 2. Quartal 2025 verwiesen worden sei.

Schließlich schlagen KA Brixius und Landrat Hendele vor, die Tagesordnungspunkte

19. *Digitale Ausschusssitzungen ermöglichen – Demokratische Teilhabe erleichtern* 01/005/2025
Hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 14.03.2025

und

- 22.3. *Einführung hybrider Fachausschusssitzungen* 01/006/2025
Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 26.03.2025

aufgrund der inhaltlichen Nähe zusammen zu beraten.

Sodann fragt Landrat Hendele, ob ad hoc weitere Änderungs-/Ergänzungswünsche zur Tagesordnung bestehen.

KA Brixius bittet um Aufnahme eines öffentlichen Tagesordnungspunktes 22.4 „*Krankenhaussituation im Kreis Mettmann*“. Die Kreisausschussmitglieder zeigen sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Landrat Hendele fragt, ob weitere Änderungs-/Ergänzungswünsche bestehen. Da dies nicht der Fall ist, stellt er die Tagesordnung fest.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 05.12.2024 und 19.12.2024

Die Niederschriften über die Sitzungen vom 05.12.2024 und 19.12.2024 werden genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Landrat Hendele stellt fest, dass keine öffentlichen Informationen der Verwaltung vorliegen.

Zu Punkt 4:	Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Kreisausschusses und des Kreistages aus dem Jahr 2024 - Vorlage Nr. 01/001/2025
--------------------	--

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Inhalte der Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 5:	Prüfauftrag: Konzept zur Auslobung einer KI-Innovationsprämie Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 10/002/2025
--------------------	---

KA Brixius verweist auf die im Vergleich zum Aufwand recht niedrige Prämie in Höhe von 2000,00 €.

KA Köster-Flashar erwidert, dass mit der Prämie Kleinst- und Kleinunternehmen angesprochen werden sollen. Daher sei die Prämienhöhe sinnvoll und passend.

KA Kanschat ergänzt, dass die Prämienauslobung als erster Aufschlag verstanden werden müsse. Es solle zunächst etwas in Gang gesetzt und anschließend geprüft werden, inwieweit sich das Vorhaben weiterentwickeln lasse.

Landrat Hendele verliest einen leicht modifizierten bzw. konkretisierten Beschlussvorschlag, welcher verdeutlicht, dass die Prämie im Jahr 2026 und nicht im Jahr 2025 ausgelobt werde.

Beschluss:

Dem Konzept zur Auslobung einer KI-Innovationsprämie Kreis Mettmann wird zugestimmt und die Verwaltung mit der Ausarbeitung und der rechtlichen Prüfung der Rahmenrichtlinie in 2025 beauftragt. Die Auslobung einer KI-Innovationsprämie soll in 2026 erfolgen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
(bei 1 Nein-Stimme der AfD-Fraktion)

Zu Punkt 6:	Prüfauftrag: Konzept zur Erstellung eines neuen Imagefilms für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 10/003/2025
--------------------	--

Landrat Hendele verliest den im Ausschuss für Wirtschaftsförderung gefassten Beschlussvorschlag.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen zeitgemäßen Imagefilm „Invest in ME“ in Form von 30 Sekunden Socialmedia-Clips zu erstellen. Die Haushaltsmittel hierfür in Höhe von 20.000 Euro sollen in den Haushalt 2026 eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
(bei 1 Nein-Stimme der AfD-Fraktion)

Zu Punkt 7:	Berufskolleg Hilden, Neubau eines Multifunktionsraumes und Umbau des Physiksaals in eine Cafeteria Hier: Vorstellung der LP3 und der Kostenberechnung - Vorlage Nr. 23/007/2025
--------------------	--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Umsetzung des Neubaus des Multifunktionsraumes und des Umbaus des Physiksaals in eine Cafeteria soll auf Grundlage der aktualisierten Planungs- und Kostenangaben erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	Ausstieg aus der einheitlichen Behördennummer D 115 - Vorlage Nr. 11/001/2025
--------------------	--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Ausstieg aus dem Verbund der einheitlichen Behördennummer D 115. Die hierzu bestehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den kreisangehörigen Städten soll entsprechend einvernehmlich aufgehoben – ersatzweise durch den Kreis Mettmann gekündigt – werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9:	Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Berechnung und Zahlbarmachung der Besoldung und Entgelte durch die Stadt Mettmann - Vorlage Nr. 11/002/2025
--------------------	---

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Mettmann hat die zwischen dem Kreis und der Stadt Mettmann bestehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Berechnung und Zahlbarmachung der Besoldung und Entgelte zum 31.12.2025 gekündigt, sofern nicht bereits zum 30.06.2025 eine einvernehmliche Aufhebung der Vereinbarung erzielt werden kann.

Der Kreistag nimmt die Kündigung zur Kenntnis und befürwortet die vorzeitige einvernehmliche Aufhebung der Vereinbarung zum 30.06.2025.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle weiteren Schritte für eine Aufhebung der Vereinbarung zum 30.06.2025 in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10: Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2023 - Vorlage Nr. 32/002/2025
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der sich aus der Betriebsabrechnung 2023 für die Entsorgung häuslicher Abfälle ergebende Überschuss in Höhe von 325.091,23 € wird gemäß § 44 Abs. 6 KomHVO NRW zeitversetzt dem Sonderposten „Gebührenaussgleich Abfallentsorgung“ in gleicher Höhe zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11: Anpassung der Aufwandsentschädigung für den Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter - Vorlage Nr. 38/001/2025
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Aufwandsentschädigung für den Kreisbrandmeister wird rückwirkend ab dem 01.01.2025 auf monatlich 643,00 Euro angehoben. Die Stellvertreter erhalten ab demselben Zeitpunkt eine monatliche Aufwandsentschädigung von 321,50 Euro.
2. Die Aufwandsentschädigungen werden zukünftig jährlich in entsprechender Anwendung des § 10 der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und deren Ausschüsse im Land Nordrhein-Westfalen (Entschädigungsverordnung Nordrhein-Westfalen – EntschVO NRW) angepasst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 12: Betriebsabrechnung 2023 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 38/002/2025
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Betriebsabrechnung 2023 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann wird zur Kenntnis genommen.

Der sich aus der Betriebsabrechnung 2023 ergebende Fehlbetrag in Höhe von 904.888,30 Euro wird zeitversetzt im Zuge der Gebührenkalkulation ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 13: Neufassung der Benutzungsordnung für die Räumlichkeiten und Einrichtungen des Feuerwehrübungs zentrums Mettmann - Vorlage Nr. 38/004/2025

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Benutzungsordnung für die Räumlichkeiten und Einrichtungen des Feuerwehrübungs zentrums Mettmann (Anlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14: Zusatzvereinbarung Verhütungsmittelfonds - Vorlage Nr. 53/006/2025
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die „Vereinbarung zur Finanzierung und Abwicklung eines sog. Verhütungsmittelfonds im Kreis Mettmann“ mit den Schwangerschaftsberatungsstellen um eine Zusatzvereinbarung zu erweitern.

Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

(bei 1 Nein-Stimme der AfD-Fraktion)

Zu Punkt 15: Weiterführung der ambulanten Krebsberatungsstelle für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 53/007/2025
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die ambulante Krebsberatungsstelle über den externen Träger „PariSozial Essen gGmbH“ zu den dargelegten Rahmenbedingungen weiter zu betreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 16: Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann: - Angebotsänderungen in Monheim am Rhein sowie - On-Demand-Verkehre in Erkrath und Ratingen - Vorlage Nr. 61/002/2025
--

KA Joseph erläutert, dass die FDP-Fraktion die Reduzierung des Nahverkehrs in Monheim am Rhein nicht begrüße.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag – getrennt nach Kapiteln in Beschlussziffer 1 – abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Den in der Sachverhaltsdarstellung in Kap. A. und B. aufgeführten Linienweg- und Angebotsänderungen wird zugestimmt.

1.1 Kap. A:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
bei 1 Nein-Stimme der FDP-Fraktion

1.2 Kap. B1:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

1.3 Kap. B2:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
bei 1 Nein-Stimme der AfD-Fraktion

2. Die Maßnahmen werden mit Beschlussfassung durch den Kreistag Bestandteil des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann.
3. Die Rheinbahn AG wird mit der Erbringung der in Kap. B. aufgeführten Leistungen betraut.
4. Die Umsetzung der Maßnahme Kap. B.2 steht unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Landesförderung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 17: Klimaresilienz in der Kreisverwaltung; Hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates - Vorlage Nr. 01/014/2024/1

Landrat Hendele verweist darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt – wie eingangs festgestellt – abgesetzt worden sei.

Zu Punkt 18: Änderung der Satzung des Jugendrates des Kreises Mettmann (Kreisjugendrat); Hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates - Vorlage Nr. 01/003/2025
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag folgt der Anregung des Kreisjugendrates und beschließt die in der Anlage 2 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendrates des Kreises Mettmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 19: Digitale Ausschusssitzungen ermöglichen – Demokratische Teilhabe erleichtern Hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 14.03.2025 - Vorlage Nr. 01/005/2025

Landrat Hendele verweist darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt – wie eingangs festgestellt – gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 22.3 beraten werde.

KA Madeia führt die Hintergründe des Antrages der Kooperationsfraktionen aus. Dabei betont er, dass die derzeitige Rechtslage ausschließlich hybride und keine rein digitalen Fachausschusssitzungen ermögliche. Darüber hinaus biete sich eine Pilotphase an.

KA Kanschat berichtet von seinen Erfahrungen bei der Einführung hybrider Fachausschusssitzungen in den Ausschüssen der Landschaftsversammlung Rheinland. Der Weg bis zur Einführung habe durchaus rechtliche und tatsächliche Hürden mit sich gebracht. Daher bittet er im Rahmen der Prüfung um Kontaktaufnahme mit dem Landschaftsverband Rheinland.

KA Brixius weist darauf hin, dass es sich bei einer Mitgliedschaft im Kreistag und seinen Ausschüssen um ein Ehrenamt auf freiwilliger Basis handele. Insofern sollte auch die Bereitschaft zu An- und Abfahrten nach und von Mettmann vorhanden sein. Daher sollten hybride Fachausschusssitzungen eher eine Ausnahme darstellen. Gleichwohl stimme die SPD-Fraktion dem Kooperationsantrag und der damit verbundenen Pilotphase zu.

KA Buchholz erläutert die Hintergründe des AfD-Antrages. Neben der Einführung digitaler Ausschusssitzungen gehe es auch darum, der – in Präsenzsitzungen nicht vorhandenen Zuhörerschaft – eine digitale Teilnahme zu ermöglichen. Dem Kooperationsantrag werde die AfD-Fraktion zustimmen.

KA Kanschat entgegnet, dass eine rein digitale Sitzungsdurchführung derzeit rechtlich ausschließlich in Ausnahmesituationen möglich sei.

KA Joseph betont die Vorteile bei der Durchführung hybrider Fachausschusssitzungen. Gerade bei kürzeren Sitzungen ersparen sich die Mitglieder des Kreistages teils weite und zeitintensive Anreisen. Zudem liege der Sitzungsbeginn zumeist in der Arbeitszeit. Aus der Sicht eines in der Selbstständigkeit Tätigen könne bei einer hybriden Ausschusssitzung die Arbeit unterbrochen und anschließend unmittelbar fortgeführt werden.

KA Janssen verweist auf die rechtliche Herausforderung der Wahrung des Öffentlichkeitsgrundsatzes, den das Kommunalverfassungsrecht vorsehe. Für ihn sei eine physische Präsenz bzw. die räumliche Wahrnehmbarkeit der Gremienmitglieder als Regelfall unverzichtbar. Denn auch Körpersprache, Rhetorik und Darbietung prägten die Diskussions-, Überzeugungs- und Entscheidungskultur.

KA Madeia und KA Kanschat entgegneten, dass eine Teilnahme von Besucherinnen und Besuchern im Sitzungssaal des Kreishauses während hybrider Fachausschusssitzungen weiterhin möglich sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele zunächst über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Um die kommunale Demokratie zu stärken und die politische Teilhabe für alle zu erleichtern, fordern wir die Einführung der Option digitaler Ausschusssitzungen im Kreis Mettmann ab Beginn der kommenden Wahlperiode.

2. Der Ausschuss für Digitalisierung und die Interfraktionelle Runde wird laufend durch die Kreisverwaltung über den aktuellen Stand der Umsetzung der digitalen Ausschussarbeit informiert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(bei 1 Ja-Stimme der AfD-Fraktion)

Anschließend stellt Landrat Hendele den Beschlussvorschlag aus dem Kooperationsantrag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem ‚neuen‘ Kreistag im Jahr 2026 die aktuellen Gegebenheiten zur Einführung von hybriden Fachausschusssitzungen darzustellen und einen rechtssicheren Entscheidungsvorschlag vorzulegen, welcher zunächst auf die Durchführung eines hybriden (Pilot-)Fachausschusses (z.B. Ausschuss für Digitalisierung) abstellt.

Die Erfahrungen des Ausschusses sollen durch die beteiligten Ausschussmitglieder gemeinsam mit der Verwaltung in der Pilotphase evaluiert werden. Hieraus soll ein finaler Entscheidungsvorschlag an den Kreistag entwickelt werden, der die praktische Umsetzbarkeit in den Fokus nimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
(bei 1 Nein-Stimme der Fraktion PIRATEN plus)

Zu Punkt 20: Verbot des Konsums von Marihuana an öffentlichen Bushaltestellen Hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 14.03.2025 - Vorlage Nr. 32/004/2025
--

Landrat Hendele verweist darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt – wie eingangs festgestellt – abgesetzt worden sei.

Zu Punkt 21: Nachhaltige und faire Beschaffung Hier: Anfrage der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 14.03.2025 - Vorlage Nr. 71/002/2025

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 22: Nachträge

Zu Punkt 22.1: Taxigutscheine für Frauen hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 19.03.2025 - Vorlage Nr. 50/005/2025
--

KA Janssen führt zu den Hintergründen des Antrages aus und fragt nach dem am ehesten zuständigen Fachausschuss.

KA Madeia erläutert, dass bei dem avisierten Kostenansatz nur sehr wenige Frauen tatsächlich in den Genuss eines Taxigutscheins kommen würden. Für einen tatsächlichen Effekt reiche dies nicht aus. Darüber hinaus sei fraglich, wie ein solches System dauerhaft funktionieren könne, da vermutlich Aufwand und Nutzeffekte in keinem Verhältnis stehen würden.

Für KA Köster-Flashar ist der Antragsinhalt diskriminierend gegenüber anderen Gruppen. Sie halte die vorliegende reglementierende Form nicht für zielführend.

Auch KA Buchholz erachtet ein am Geschlecht eines Menschen angesetztes Hilfsangebot als unpassend.

KA Joseph betont, dass ein solches Vorhaben keine originäre Aufgabe einer Kommune sei. Vielmehr möchte er in einem Kreis leben, in dem es so sicher ist, dass Taxigutscheine für Frauen gar nicht notwendig sind.

Landrat Hendele legt dar, dass der Prüfantrag der Fraktion PIRATEN plus von der Verwaltung unter Einbindung der Kreispolizeibehörde bewertet worden sei.

- Die Intention und der dargestellte Sicherheitsaspekt können zwar nachvollzogen werden, sie entsprechen aber nicht den Gegebenheiten des Kreises bzw. keiner polizeilich bestätigten realen Deliktsproblematik. Konkret sei durch die Kreispolizeibehörde eine Auswertung für den Berichtszeitraum 2024 im Tatzeitraum von 21:00 Uhr bis 06:00 Uhr „Gewaltdelikte zum Nachteil von Frauen“ erstellt worden. Aus kriminalfachlicher Sicht der Direktion Kriminalität sei die dargestellte Problematik für den Bereich der Kreispolizeibehörde nicht erkennbar.
- Ferner seien die Entfernungsstrukturen im Kreis nicht mit einer Großstadt vergleichbar, d.h. Wegstrecken für den genannten Gutscheinwert werden in einer Kreisstruktur mit dem gewünschten Zweck nicht erreichbar sein (*Vorschlag 10 € abzgl. Grundpreis Nacht 3,50 € = 6,50 € Restgutscheinbetrag; Nachttarif je km 2,50 €, d.h. es können 2,6 km ohne Aufpreis bedient werden*).
- Zugleich werde der mit dem Ansinnen verbundene administrative Aufwand als sehr hoch eingeschätzt und sei seitens der Kreisverwaltung nicht ohne erheblichen Ressourceneinsatz leistbar.
- Abschließend differenziere der Antragsinhalt auch nicht zwischen verschiedenen sozialen Schichten; so würden sowohl die ‚Millionärin‘ als auch die ‚Geringverdienerin‘ gleichermaßen gefördert werden.

KA Janssen verdeutlicht vehement seine Verwunderung über die umfangreichen Gegenargumente und die damit verbundenen Begründungen, die für ihn nicht überzeugend seien. Den Antrag der Fraktion PIRATEN plus werde er aufrechterhalten.

KA Kanschäp und KA Madeia können diese Sichtweise von KA Janssen nicht nachvollziehen und verweisen nochmals auf die wesentliche Tatsache, dass im Kreis ein solches Sicherheitsproblem – nach Aussage der Kreispolizeibehörde – zwischen 21:00 und 6:00 Uhr nicht vorhanden sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Antrag der Fraktion PIRATEN plus abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung von Taxigutscheinen im Wert von 10 Euro zur Erhöhung der Sicherheit von Frauen zu prüfen, von denen maximal drei je Frau je Jahr in Anspruch genommen werden können. Die Gutscheine sollen, wenn möglich, über die Bürgerbüros der kreisangehörigen Städte an die Frauen ausgegeben werden können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(bei 1 Ja-Stimme der Fraktion PIRATEN plus)

Zu Punkt 22.2: Nächtliches Betriebsverbot für Mähroboter im gesamten Kreisgebiet
Hier: Antrag der Fraktion UWG-ME vom 25.03.2025
- Vorlage Nr. 61/016/2025

Landrat Hendele berichtet über ein inhaltlich ähnlich lautendes Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Langenfeld, welches ihn kürzlich erreicht habe.

Herr Dr. Kopp erläutert, dass die Verwaltung sich bereits auf dem Weg befinde, eine entsprechende Allgemeinverfügung zu erlassen und eine Beschlussfassung über den Antrag das weitere Vorgehen zeitlich gesehen hemme. Mithin bestehe keine Beschlusskompetenz des Kreistages und seiner Ausschüsse, da die Grundlage im Bundesnaturschutzgesetz wiederzufinden sei. Daher bittet er die Fraktion UWG-ME den Antrag zurückzuziehen. Zugleich sagt er verwaltungsseitig zu, mit der ausgearbeiteten Allgemeinverfügung zur Information auf den zuständigen Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz im 2. Quartal 2025 zuzukommen.

KA Hagling bedankt sich für die Ausführungen und zieht den Antrag der Fraktion UWG-ME zurück.

Zu Punkt 22.3: Einführung hybrider Fachausschusssitzungen
Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 26.03.2025
- Vorlage Nr. 01/006/2025

Landrat Hendele verweist darauf, dass dieser Tagesordnungspunkt – wie eingangs festgestellt – gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 19 beraten worden sei.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem ‚neuen‘ Kreistag im Jahr 2026 die aktuellen Gegebenheiten zur Einführung von hybriden Fachausschusssitzungen darzustellen und einen rechtssicheren Entscheidungsvorschlag vorzulegen, welcher zunächst auf die Durchführung eines hybriden (Pilot-)Fachausschusses (z.B. Ausschuss für Digitalisierung) abstellt.

Die Erfahrungen des Ausschusses sollen durch die beteiligten Ausschussmitglieder gemeinsam mit der Verwaltung in der Pilotphase evaluiert werden. Hieraus soll ein finaler Entscheidungsvorschlag an den Kreistag entwickelt werden, der die praktische Umsetzbarkeit in den Fokus nimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
(bei 1 Nein-Stimme der Fraktion PIRATEN plus)

Zu Punkt 22.4: Krankenhaussituation im Kreis Mettmann

Landrat Hendele berichtet aus dem Gespräch, das die Verwaltungsführung am 19.03.2025 mit Vertretungen der GFO-Kliniken geführt hat. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) als höchstes Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen habe die notwendige ärztliche Ausstattung von zentralen Notaufnahmen drastisch erhöht, so dass nun eine Vervielfachung des ärztlichen Personals zur Aufrechterhaltung dieses Angebotes im Schichtbetrieb erforderlich sei. Die Geschäftsführung der GFO-Kliniken hätten plausibel gemacht, dass die Gewinnung von ärztlichem Personal für die Beibehaltung von zwei Notfallaufnahmen im geforderten Umfang von den GFO-Kliniken nicht bewerkstelligt werden könne und ein solcher Personalaufwand auch wirtschaftlich nicht zu vertreten sei.

KA Brixius befürchtet, dass im politischen Bemühen um eine ausreichende Versorgungssituation im Kreisgebiet dicke Bretter zu bohren seien. Die aktuelle Entwicklung im Bereich der Krankenhäuser könne so nicht einfach hingenommen werden. Langfristiges Ziel müsse es sein, ambulante Zentren jeweils im Nord- und im Südkreis für die Notfallversorgung der Menschen vorhalten zu können.

KA Köster-Flashar weist auf die im zuständigen Ausschuss des Regionalrates vermittelten Informationen hin, wonach die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KVNO) in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium derzeit die Möglichkeiten neuer Strukturen und besserer Prozesssteuerung prüfe, um die Situation zu verbessern.

Die Mitglieder des Kreis Ausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Landrat Hendele stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:38 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Nico Hüsgen